

EDITORIAL
EDITORIAL

Der Euro ist da! Fast 30 Jahre nach dem Europäischen Gipfel in Den Haag, als die europäischen Staats- und Regierungschefs erstmals die Schaffung einer Europäischen Währungsunion beschlossen, fast 20 Jahre nach dem Start des Europäischen Währungssystems und wenig mehr als 10 Jahre nach dem Genscher-Memorandum ist die gemeinsame Währung Wirklichkeit. Ihre störungsfreie Einführung auf den internationalen Finanzmärkten zum Jahreswechsel war ein großer Erfolg.

Nun ist es an den Regierungen zu lernen, wie Wirtschaftspolitik mit einer gemeinsamen Währung betrieben werden muß. Als erstes müssen sie lernen, zu akzeptieren, daß die neue Zentralbank unabhängig und dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Es entbehrt nicht der Ironie, daß ausgerechnet die neue deutsche Bundesregierung den Angriff auf die Währungshüter im Herbst anführte. Als zweites müssen sie lernen, die Fiskalpolitik in der EWU zu koordinieren, um eine Kombination von nationaler Haushaltspolitik und gemeinsamer Geldpolitik zu erreichen, die außer Preisstabilität auch Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht sichert. Schließlich müssen sie den Rahmen für mehr Wettbewerb zwischen nationalen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern und ihren verschiedenen strukturpolitischen Ansätzen schaffen; ein Wettbewerb, der Europa hilft, die beste Lösung für sein brennendes Problem hoher struktureller Arbeitslosigkeit zu finden.

Die gemeinsame Währung schafft neue Möglichkeiten, aber kein Allheilmittel zur Wiederbelebung von Wachstum und Beschäftigung in Europa. Die Herausforderung liegt darin, die wirtschaftliche Integration durch politische Integration zu ergänzen, um die neuen Möglichkeiten optimal zu nutzen. Das ZEI hofft, mit dem Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Praxis dazu beizutragen.


Prof. Jürgen von Hagen

In welcher Verfassung ist Europa – Welche Verfassung für Europa?

ZEI-Konferenz beleuchtet Horizonte jenseits der deutschen EU-Präsidentschaft

von Ludger Kühnhardt

In der ersten Hälfte des Jahres 1999 hat die deutsche Bundesregierung die turnusmäßige Präsidentschaft in der Europäischen Union inne. Im Mittelpunkt der damit verbundenen Aufgaben steht die Entscheidung über die AGENDA 2000, das breit angelegte Reformprogramm der Europäischen Kommission. Die Intensität der gegenwärtigen Anforderungen, sowohl an die deutsche Präsidentschaft als auch an die Europäische Union insgesamt, darf allerdings nicht dazu führen, den Sinn für die Entwicklung jener erst langsam in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückenden Prozesse zu vernachlässigen, die von elementarer langfristiger Bedeutung für die EU sein werden.

Dazu gehört neben der erfolgreichen Etablierung des EURO vor allem die Beförderung des inneren Konstitutionsbildungsprozesses in der EU, das heißt die weitsichtige und konsistente Neubestimmung der Kompetenzordnung zwischen Regionen bzw. Bundesländern, Nationalstaaten und den Institutionen der EU. In der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 1998 haben die Parteien der neuen rot-grünen Bundesregierung ein Plädoyer für eine europäische Grundrechtscharta abgelegt, die in der Tat ein wichtiges Element des weiteren Konstituierungsprozesses der EU sein könnte.

MITTELMEERPOLITIK

Zu den Anforderungen der kommenden Jahre gehört ebenso die Entwicklung des Gesamtkonzeptes einer EU-Mittelmeerpolitik. Neben der Osterweiterung als Ausdruck der Sicherheit und Prosperität in Europa muß der Mittelmeerraum als Ort der Suche nach gemeinsamer Sicherheit und Prosperität für Europa und die südlichen Anrainerstaaten

des Mittelmeeres zum Gegenstand eines strategischen Interesses der gesamten EU werden. In diesem Zusammenhang wird die EU sich wieder mit dem Türkei-Dossier befassen müssen: Sie muß die Spannungen gegenüber der Türkei aufbrechen, die durch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit einem anhaltend geteilten und von einer Lösung der damit verbundenen Probleme immer weiter entfernten Zypern aufgetreten sind. Langfristig geht es um eine strategische Interessengemeinschaft mit der Türkei als dem wichtigsten Partner des Westens an der Schwelle zum Nahen Osten, zum Kaukasus und zu Zentralasien. Es wird im eigenen deutschen Interesse kein Weg daran vorbeigehen, die Türkei als „Kandidatenland“ zu akzeptieren und anschließend ihre „Europafähigkeit“ aufgrund der „Kopenhagener Kriterien“ streng, aber fair zu prüfen.

TRANSATLANTISCHES BÜNDNIS

1999 wird ein weiterentwickeltes Strategiekonzept der NATO verabschiedet. Die Reformprozesse in der EU und innerhalb des transatlantischen Bündnisses sind nicht wechselseitig aufeinander bezogen, aber sie müssen zu komplementären Resultaten und Strukturen führen. Notwendig ist in diesem Zusammenhang vor allem, daß die EU und die USA als Lerngemeinschaft einen gemeinsamen Blick entwickeln, der zu konsistenten Zielvorstellungen und komplementären Mittelbereitstellungen im Hinblick auf die Herausforderungen führen muß. Dies gilt vor allem für die westliche Gesamtpolitik gegenüber Rußland, der Ukraine und der Türkei. Während bei globalen Themenstellungen, etwa im Bereich des Umweltschutzes oder des Welthandels, merkliche Fort-

NEUE PUBLIKATIONEN

ZEI-DISCUSSION PAPER-REIHE:

C 29 1999

Murat T. Laumulin: Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?

C 30 1999

Valdas Adamkus: Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania in the 21st Century's Continent

C 31 1999

Ivo Samson: Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU. Die Slowakei vor der Marginalisierung in Zentraleuropa?

C 32 1999

Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala: Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven

C 33 1999

Dietrich von Kyaw: Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des Europäischen Rates in Wien

C 34 1999

Hagen Schulze: Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike

ZEI-POLICY/WORKING PAPER-REIHE:

B 16 1999

Labour Market & Tax Policy in the EMU (Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum)

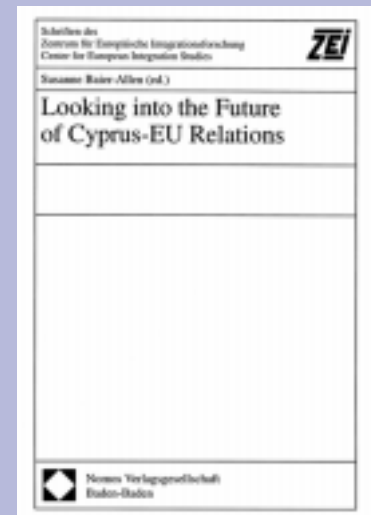
Die Publikationen sind kostenlos erhältlich und können telefonisch über die Nummern 0228/73-9218 (Reihe B) bzw. 0228/73-1880 (Reihe C) angefordert werden.

Eine Liste aller bislang erschienenen ZEI-Publikationen finden Sie im Internet unter <http://www.zei.de>.

ZEI - SCHRIFTENREIHE

Wie werden sich die EU-Beitrittsverhandlungen mit Zypern auf den Zypern-Konflikt auswirken? Die in diesem Band versammelten Beiträge von Wissenschaftlern aus beiden Teilen Zyperns, aus Griechenland und der Türkei, sowie von englischen, deutschen und amerikanischen Experten reflektieren über die Perspektiven, Optionen und Implikationen eines EU-Beitritts Zyperns und versuchen, die Möglichkeiten einer Lösung des Zypernproblems im Zuge der Beitrittsverhandlungen auszuloten.

Band 5: Susanne Baier-Allen (Ed.): Looking into the Future of Cyprus-EU Relations. NOMOS-Verlag, Baden-Baden, 1998, ISBN 3-7890-5620-0.



Weitere Neuerscheinungen:

Band 3: Ludger Kühnhardt: Zukunftsdenker. Bewährte Entwürfe politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend. NOMOS-Verlag, Baden-Baden, 1998, ISBN 3-7890-5618-9.

Band 8: Peter Wittschorek (Hrsg.): AGENDA 2000 - Herausforderungen an die Europäische Union und an Deutschland. NOMOS-Verlag, Baden-Baden, 1999, ISBN 3-7890-5623-5.

Die Publikationen der Schriftenreihe können bei der Nomos-Verlagsgesellschaft, Vertrieb, 76520 Baden-Baden, Fax: 07221/2104-27, E-Mail: NOMOS@nomos.de oder über den Buchhandel bestellt werden.

schritte in der Entwicklung einer zukunfts-fähigen euro-atlantischen Partnerschaft gemacht worden sind, steht die konsistente Erarbeitung einer strategischen Partnerschaft im Blick auf die Folgen der neuen geopolitischen und geoökonomischen Entwicklungen jenseits der östlichen und südlichen Grenzen der euro-atlantischen Strukturen noch aus.

INSTITUTIONELLE REFORMEN

Neben diesen weitreichenden Perspektiven einer konsequenten Entwicklung der seit Jahren beschworenen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die gewiß nicht im Zyklus einer einzelnen EU-Präsidentschaft ausreichend weit vorangetrieben werden können, wird die deutsche Präsidentschaft Gelegenheit zur Erörterung der Frage geben, welche Verbesserungen am institutionellen Regelwerk der Europäischen Union nötig sind, um diese effizient und erfolgversprechend durch die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts zu führen. Das halbjähr-

lich alternierende Präsidentschaftssystem gibt allen Staaten der EU Gelegenheit, in föderaler Partnerschaft ihr europapolitisches Profil zum Ausdruck zu bringen. Zugleich wird den nationalen Regierungsbürokratien viel an organisatorischer Pflicht abverlangt, und nicht nur den kleineren Mitgliedstaaten, deren Einsatz nicht immer in angemessen erkennbarem Verhältnis zu Ertrag und Wirkung einzelner Präsidentschaften steht. Daher bedarf es einer neuen Reflexion über ein ebenso effizientes und handlungsfähiges wie föderales Präsidentschaftssystem in der EU.

Der Amsterdamer Vertrag von 1997 hat die Frage nach dem Mehrheitsprinzip als entscheidungsleitendem Grundsatz der EU im Kern ungelöst gelassen. Die entsprechenden Beschlüsse bleiben einer nächsten Regierungskonferenz (um 2002?) vorbehalten. Da zu diesem Zeitpunkt die Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten näher gerückt sein wird, stellt sich daher spätestens dann auch die Frage nach den Mechanismen und Ziel-

setzungen der rotierenden EU-Präsidentschaft. Deutschland wäre gut beraten, schon jetzt Überlegungen zu befördern, die einen Ausgleich zwischen föderaler Profilierung aller Mitgliedstaaten und effektiver und erfolgreicher Fortführung der EU-Gesamtpolitik unter den Bedingungen der bevorstehenden Zunahme des Mitgliederkreises garantieren können.

ERGEBNISSE DER ZEI-KONFERENZ

Die deutsche Europapolitik wird auch über die anstehende EU-Präsidentschaft hinaus gefordert sein, konsistente eigene Positionen mit Sinn für die prioritären Aufgaben zu verbinden und die Bedingungen für die Sicherung der Funktionsfähigkeit der EU mit den Anforderungen eines größeren strategischen Gesamtzusammenhangs zu verbinden. Kontinuität in den bewährten und parteipolitisch bisher konsensualen Grundsätzen bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der

Perspektiven sind dafür in der deutschen Europapolitik unabdingbar.

Vor diesem Hintergrund versteht das Zentrum für Europäische Integrationsforschung seine Beiträge als Impulse zur Weiterführung der deutschen Europadebatte und als Ausdruck der Bündelung europäischer Diskussionen. Sichtbar wurde dies während einer ZEI-Fachkonferenz im Januar 1999, die unter der Überschrift „In welcher Verfassung ist Europa – Welche Verfassung braucht Europa?“ stand. Führende Wissenschaftler und politische Experten waren der Einladung des ZEI gefolgt, um die geistigen, juristischen und politischen Implikationen der Fragestellung zu erörtern und mit Sinn für die langfristigen Perspektiven zu reflektieren.

Zum Auftakt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der EU gab das ZEI Gelegenheit, über die Debatten des Tages und die beschwerliche Suche nach Kompromissen in den derzeit in der EU verhandelten Materien hinaus zu blicken. Das bisher unerreichte Ziel einer Politischen Union wurde dadurch wieder in den Vordergrund gerückt. Leo Tindemans, einer der großen alten Europäer und ehemaliger christdemokratischer Ministerpräsident Belgiens, knüpfte an den nach ihm benannten Bericht des Jahres 1975 an, um die Vision einer Politischen Union mit neuem Leben zu füllen. Franjo Komarica, der römisch-katholische Bischof von Banja Luka in Bosnien, führte vor Augen, welche geistig-moralische Aufgabe Europa auch nach dem jüngsten Balkankrieg zu bewältigen hat, wenn es seinen eigenen Werten und Zielen angemessen entsprechen will.

Führende deutsche Vertreter regionaler, nationaler und europäischer Ebenen der Politik (Staatsminister Günter Verheugen, SPD/MdB, Auswärtiges Amt; Jo Leinen, SPD, Mitglied des Europa-Ausschusses des Landtages des Saarlandes; Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, CDU/MdEP, Präsident der Europa-Union Deutschland; Siegbert Alber, Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof) debattierten unter der umsichtigen Leitung von Professor Matthias Herdegen, Universität Bonn, engagiert über Möglichkeiten und Grenzen einer europäischen Verfassungsbildung und die künftigen Anforderungen an die deutsche Europapolitik. Frankreichs sozialistischer Europaminister Pierre Moscovici rundete die Tagung mit einem Plädoyer für europäische Visionen und die Notwendigkeit einer europäischen politischen Union ab.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn und leitet dort seit Oktober 1997 die Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Der EMU Monitor

Auf Initiative des ZEI haben sich führende Makro- und Finanzmarktökonominnen aus vier europäischen Ländern zusammengeschlossen, um in regelmäßigen Abständen die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu kommentieren

von Bernd Hayo

Am 1. Januar 1999 hat die Europäische Zentralbank (EZB) die Verantwortung für die Geldpolitik in den elf Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion (EWU) übernommen. Die EZB ist dabei in einer besonderen Position, da sie auf europäischer Ebene keinen direkten Gegenpart in Form einer Regierung oder Öffentlichkeit hat. Sie sieht sich keinem konkreten Ansprechpartner zur Erläuterung ihrer geldpolitischen Konzeptionen gegenüber, und ihr entgeht die Möglichkeit, durch eine klare Verfolgung ihrer Ziele im Widerstreit mit anderen Akteuren ein eigenes Profil und Reputation aufzubauen.

ZIELE

Angesichts dieser Situation haben international anerkannte Makro- und Finanzmarktökonominnen den EMU Monitor gegründet, mit dem Ziel, die Geldpolitik der EZB kommentierend zu begleiten. Der EMU Monitor möchte durch seine Kommentare zu einer fundierten, kritischen und konstruktiven öffentlichen Diskussion über die europäische Geldpolitik anregen. Er entwickelt praktische und wirtschaftspolitisch relevante Vorschläge im direkten Zugriff auf aktuelle Forschungsergebnisse und entwirft gegebenenfalls Alternativen zu bestimmten Positionen der EZB. Der EMU Monitor tritt regelmäßig im Juli und Dezember im Rahmen einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit.

MITGLIEDER

Die Gruppe besteht zur Zeit aus den Professoren Patrick Artus (Universität Paris I, Frankreich), Edward Bomhoff (Nijenrode Universität, Niederlande), Manfred J.M. Neumann (Universität Bonn), Alessandro Penati (Universität Mailand, Italien) und Jürgen von Hagen (ZEI und Universität Bonn). Seit der Gründung des EMU Monitors haben sich zwei andere Gruppen gebildet, am Centre for Economic Policy Research (CEPR) in London und am Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel, die ein ähnliches Ziel verfolgen.

EMPFEHLUNGEN

Der EMU Monitor hat am 9. Juli 1998 seine erste Pressekonferenz am Zentrum für Kapitalmarktforschung in Frankfurt gegeben. Die Gruppe empfiehlt eine geldpolitische Strategie, die mittelfristig eine Zielinflationsrate von 1% - 2% vorgibt und diese durch ein Geldmengenziel durchsetzt. Damit erteilt der EMU Monitor der alternativen Strategie einer direkten Inflationssteuerung eine Absage. Wesentliche Gründe für diese Empfehlung sind unter anderem die hohen Anforderungen an die Prognose bei der Anwendung eines direkten Inflationsziels und der geringere Informationsbedarf einer Geldmengenstrategie. Außerdem sehen die Wissenschaftler Geldmengenziele als transparenter an und halten diese auch für besser geeignet, in der Anfangsphase Reputation in der Geldpolitik aufzubauen.

Im Herbst 1998 hat die EZB ihre geldpolitische Strategie offiziell verkündet. Die EZB wird sich primär anhand eines monetären Referenzwerts orientieren, aber auch andere ökonomische Indikatoren heranziehen. Damit ist klar, daß die EZB keine direkte Inflationszielstrategie nutzen wird. Der EMU Monitor interpretiert die EZB Strategie als einer Geldmengenstrategie sehr ähnlich, insbesondere da der Ableitung des Referenzwerts Annahmen über das Trendwachstum des Bruttoinlandsprodukts und der Geldumlaufgeschwindigkeit zugrunde liegen, die typischerweise auch zur Berechnung von Geldmengenzielen verwendet werden.

Auf seiner zweiten Pressekonferenz am 17. Dezember 1998 im Frankfurter Presse-Club hat der EMU Monitor Kommentare und Empfehlungen zum ökonomischen Umfeld der EWU, der geldpolitischen Strategie, der Rechtfertigungspflicht der EZB, sowie der Vermeidung von ansteckenden Finanzkrisen abgegeben. Im großen und ganzen teilt der EMU Monitor die Auffassung der EZB bezüglich der wirtschaftlichen Erwartungen der Eurozone in 1999. Die koordinierte Zinssenkung der nationalen Zentralbanken am 3. Dezember 1998 hält die Gruppe aber nicht für ökonomisch motiviert. Vielmehr sei dies ein Versuch gewesen, den politischen Druck durch die Regierungen von der EZB zu nehmen.

Der EMU Monitor hält den von der EZB bekanntgegebenen Referenzwert von 4.5% Wachstum für die harmonisierte Geldmenge M3 (M3H) für angemessen. Es bestehen aber Risiken, beispielsweise hinsichtlich der Annahme einer negativen Trendrate der Geldumlaufgeschwindigkeit, da eine positive Trendrate bei konstanten Zinsen zu ei-

Prof. Dr. Jean Pisani-Ferry

Prof. Dr. Jean Pisani-Ferry ist der persönliche Berater des französischen Ministers für Wirtschaft, Finanzen und Industrie.



ZEI: Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach der Euro im europäischen Integrationsprozeß? Welche weiteren Schritte müssen unternommen werden, damit der Euro ein erfolgreiches Projekt wird?

Pisani-Ferry: Der Euro ist sowohl ein eindrucksvolles Symbol der europäischen Integration als auch ein sehr bedeutendes Mittel zur Erreichung von Preisstabilität und Wachstum in Europa. Der Euro wird den Integrationsprozeß verstärken und dabei die Effizienz im privaten Sektor und in steigendem Maße auch im öffentlichen Sektor fördern.

Während die rechtlichen Rahmenbedingungen der Geldpolitik in der Euro-Zone im Maastricht-Vertrag detailliert festgelegt sind, muß im Hinblick auf die Wirtschafts- und insbesondere die Fiskalpolitik noch einiges unternommen werden. Über die Notwendigkeit einer Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken wird unter Akademikern weiterhin diskutiert, sie wird in steigendem Maße jedoch von den politischen Entscheidungsträgern akzeptiert. Niemand denkt mehr wirklich daran, daß eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik die Unabhängigkeit der EZB bedrohen würde. Wie auch immer, eine effiziente Koordinierung verlangt nach geeigneten Verfahren und Institutionen. Ei-

nem geringeren Geldmengenwachstum führen würde. Auch in einem solchen Fall sollte die EZB ausführlich ihre Gründe für eine eventuelle Abweichung vom Referenzwert darlegen, um Fehlinterpretationen der Öffentlichkeit zu vermeiden.

Es gibt kein geeignetes Gremium, vor dem sich die EZB mit ihren Entscheidungen verantworten müßte. Um dieses Defizit zu kompensieren, empfiehlt der EMU Monitor die Transparenz der EZB-Entscheidungen zu erhöhen. Zwei praktische Vorschläge sind dabei die regelmäßige Befragung des EZB-Präsidenten durch den „Unterausschuß Währung“ des Europäischen Parlaments und häufige Präsenz der Mitglieder des EZB-Direktoriums bei öffentlichen Anlässen in den verschiedenen EWU Mitgliedsländern.

Schließlich betont der EMU Monitor, daß die Aufrechterhaltung der Stabilität des eu-

ropäischen Finanzsystems von großer Bedeutung ist. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß für alle Kreditinstitute die Mittelbeschaffung bei den jeweiligen nationalen Zentralbanken möglich ist, solange sie über ESZB-fähige Wertpapiere verfügen und bereit sind, höhere Kosten zu tragen. Für den Fall, daß einem in Bedrängnis geratenen, volkswirtschaftlich bedeutenden Kreditinstitut keine ausreichende Menge an ESZB-fähigen Wertpapieren zur Verfügung steht, sollten solange Kredite zur Verfügung gestellt werden, bis in dem Herkunftsland der Bank eine tragbare Lösung ausgearbeitet wurde, die eine allgemeine Bankenkrise zu vermeiden hilft. ■

Dr. Bernd Hayo ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Wirtschaftliche und Soziale Fragen“ am ZEI

nige Regelungen existieren bereits, und eine neue Institution, der Euro-11, wurde gerade gegründet, aber mein Eindruck ist, daß wir uns immer noch in einem Lernprozeß befinden. Die Politikforschung kann in diesem Zusammenhang durch die Bewertung möglicher praktischer Einrichtungen zur Organisation der Koordinierung eine wichtige Rolle einnehmen.

ZEI: Arbeitslosigkeit ist ein Hauptproblem in Europa. Welche Aktivitäten sollten in den einzelnen Mitgliedstaaten unternommen werden, um die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern? Wie stehen Sie zu einem 'Beschäftigungspakt' auf europäischer Ebene?

Pisani-Ferry: Arbeitslosigkeit in Europa ist sowohl konjunkturell als auch strukturell bedingt. Sofern es die Möglichkeiten kombinierter wirtschaftspolitischer Maßnahmen verbessert, kann die Koordinierung zu einer Reduzierung der konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit beitragen. Strukturelle Arbeitslosigkeit fällt mehr in den Verantwortungsbereich der nationalen Regierungen, privater Firmen und Gewerkschaften, aber auch europäische Initiativen können hier eine Rolle einnehmen: Erstens kann eine gemeinsame Verpflichtung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit helfen, die Energien auf diese Ziel zu richten, und zweitens erfolgen strukturelle Maßnahmen zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit nach der Versuchs- und Irrtums-Methode. Einige Maßnahmen sind erfolgreich, andere wiederum nicht. Weiterhin ist zu bedenken, daß der zeitliche Abstand zwischen der Entscheidung und dem tatsächlichen Ergebnis häufig sehr lang ist,

was zu einer Verzerrung der Einschätzungen der Effektivität einer bestimmten Maßnahme führt. Die Gegenüberstellung nationaler Erfahrungen kann bei der Auswahl der wirkungsvollsten Maßnahmen helfen. Das ist schließlich auch eine weitverbreitete Verfahrensweise im privaten Sektor.

ZEI: Das Deutsch-Französische Wirtschaftspolitische Forum wurde gegründet, um das Verständnis zwischen deutschen und französischen Wissenschaftlern und Politikern über ihre jeweiligen wirtschaftspolitischen Auffassungen zu verbessern. Sehen Sie einige wichtige Unterschiede zwischen den französischen und deutschen wirtschaftspolitischen Ansichten, die zu Problemen zwischen den beiden Partnern der EMU führen könnten?

Pisani-Ferry: Ich könnte Ihnen viel zu diesem Thema erzählen, aber lassen Sie mich stattdessen drei kurze Antworten geben:

1. Es gibt offensichtlich verschiedene wirtschaftspolitische Kulturen in Deutschland und Frankreich, wobei sich die Ansichten aber zunehmend annähern. Vergleichen Sie nur die Situation heute mit der vor zehn oder zwanzig Jahren.
2. Wir sollten nicht auf die Beseitigung von Unterschieden abzielen, sondern eher klären, welches die Gründe für Meinungsverschiedenheiten sind. Aus diesem Grund haben Jürgen von Hagen und ich dieses Forum gegründet.
3. Welche Meinungsverschiedenheiten wir auch haben, es sind nicht solche, die die EMU gefährden könnten. ■

Spanische und deutsche Perspektiven für Europa – Agenda 2010

Mit den Herausforderungen an das vereinigte Europa - weit über den anstehenden Jahrhundertwechsel hinaus - hat sich ein wissenschaftlich-politisches Symposium, das im Spätsommer 1998 in Madrid stattfand, beschäftigt. Das *Instituto de Cuestiones Internacionales y Política Exterior (INCI-*

PE), die Redaktion der außenpolitisch orientierten spanischen Zeitung *Política Exterior*, die Deutsche Botschaft Madrid und das Zentrum für Europäische Integrationsforschung hatten gemeinsam unter dem Titel „Agenda 2010: Spanische und deutsche Perspektiven für Europa“ nach Madrid ein-

geladen. Unter reger Teilnahme des spanischen Kronprinzen Felipe und unter der Beteiligung von u. a. EU-Kommissar Marcelino Oreja, Kataloniens Ministerpräsident Jordi Pujol, Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen (Madrid und Berlin sind Partnerstädte) sowie dem Vorsitzenden des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union, Professor Manfred Dammeyer, diskutierten führende Wissenschaftler, Publizisten und Politiker beider Länder über die Folgerungen und Implikationen, die sich jenseits der derzeit anstehenden AGENDA 2000 für beide Länder und den weiteren Weg der Europäischen Union insgesamt ergeben. Dabei wurde deutlich, wie notwendig es ist, eine gemeinsame, kohärente Mittelmeer-Politik zu ermitteln und die strategischen Vorstellungen im Blick auf die EU-Osterweiterung mit den Solidaritätsverpflichtungen innerhalb der bestehenden Europäischen Union zu harmonisieren. Die Ergebnisse des Workshops und weiterer wissenschaftlicher Aufsätze aus der Feder von Autoren beider Länder werden demnächst in der Schriftenreihe des ZEI publiziert. ■



Josef Janning, stellvertretender Direktor des Centrums für Angewandte Politikforschung (CAP), Dr. Joachim Krause, stellvertretender Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Kronprinz Felipe von Spanien, Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI (von links) Foto: ZEI

Fünfter Politikdialog in Maria Laach

Anlässlich des 5. Politikdialoges des ZEI in Maria Laach zum Thema „Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven“ beleuchtete der Tübinger Politikwissenschaftler und Sprecher des Europäischen Zentrums für Föderalismusforschung, Professor Rudolf Hrbek, die Problemlagen und Herausforderungen für die deutsche EU-Präsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 1999. Die durch den Regierungswechsel in Bonn veränderte Konstellation in den deutsch-französischen Beziehungen und die Rolle dieses Tandems im europäischen Integrationsprozeß reflektierte der Deutschlandkorrespondent des „Le Figaro“, Jean Paul Picaper. Die Entwicklung in Europa, so der Journalist, setze die Frage einer gemeinsamen „Verfassung“ immer stärker auf die politische Tagesordnung. Der finnische Botschafter Arto Mansala, dessen Land in der zweiten Hälfte 1999 die Präsidentschaft übernehmen wird, bezeichnete die Einführung des Euros als gemeinsame europäische Währung als einen „Sieg des Optimismus“. Es sei nun die Aufgabe Deutschlands, für eine reibungslose Einführung der gemeinsamen Währung zu sorgen und darüber hinaus die entscheidenden Beschlüsse bezüglich der „Agenda 2000“ herbeizuführen. ■

Der litauische Präsident Valdas Adamkus am ZEI

Litauen müsse ohne Verzögerung in den Kreis jener Länder aufgenommen werden, mit denen die Europäische Union in direkte und zielgerichtete Beitrittsverhandlungen eingetreten sei, forderte Litauens Staatspräsident Valdas Adamkus. Im ZEI in Bonn verdeutlichte das Staatsoberhaupt, daß Litauen entscheidende Reformfortschritte geleistet habe und auf dem richtigen Wege sei. Die EU habe in ihrem Anfang November 1998 vorgelegten „Fortschrittsbericht“, der allen elf Beitrittskandidaten gegolten hat, die Stabilität der litauischen Demokratie, den Grundrechts- und Minderheitenschutz so-



Valdas Adamkus am 20. 11. 1998 im ZEI

wie die Stärkung des Rechtsstaates und die wirtschaftlichen Reformen der letzten drei Jahre gewürdigt. Kritische Einwände der Kommission, denen zufolge die litauischen Fortschritte noch nicht nachhaltig genug seien, beruhten, so Präsident Adamkus, auf überalterten Zahlen. Sein Land wolle so bald als möglich mit allen Rechten und Pflichten der EU beitreten. Um die notwendigen Vorbereitungen erfolgreich durchzuführen, müsse der Reformdruck durch eine klare, zeitlich erkennbare Beitrittsperspektive aufrechterhalten werden. Der Staatspräsident lobte die Beziehungen seines Landes zu Polen und die Normalität der Beziehungen zu Rußland, dessen innere Krise auch in Litauen Anlaß zu Sorge gebe. ■

Junior Fellows Programm am ZEI

Zur Förderung junger Nachwuchswissenschaftler findet am ZEI seit Ende 1997 ein „Junior Fellows Programm“ statt, das Graduierte zu einer Promotion im Fach Politikwissenschaft führt. Gegenwärtig nehmen 14 Junior Fellows an diesem Programm teil, die sich im Rahmen von Promotionsprojekten mit unterschiedlichen europaspezifischen

Themen auseinandersetzen. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf Fragestellungen zum EU-Beitritt, zu Europas Rolle in der Welt, zu den europäischen Institutionen und deren Entwicklung sowie Fragen einer europäischen Identität. Die Doktoranden treffen sich in der Regel vierzehntägig zu einem Kolloquium, um ihre Forschungsvorhaben vorzustellen und die Zwischenergebnisse ihrer Forschungen kritisch zu diskutieren. ■

In Kürze erscheint im Verlag Leske+Budrich, Opladen, die Studie „Frankreich und das vereinte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld“ von Dr. Valérie Guérin-Sendelbach. Frau Guérin-Sendelbach, vormals Leiterin der „Arbeitsstelle Frankreich“ bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., ist seit dem 1. Januar 1999 als neue Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“ am ZEI tätig.

Prof. Christian Koenig übernimmt ab 1. April 1999 die Leitung der Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“ am ZEI. Der Jurist war bisher Lehrstuhlinhaber für Europa-, Staats- und Verwaltungsrecht an der Philipps-Universität Marburg. Schwerpunkte seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit sind das Europa- sowie das Telekommunikationsrecht. In zahlreichen Veröffentlichungen, Forschungsarbeiten und Seminarveranstaltungen widmet er sich darüber hinaus der Vernetzung von europäischem Gemeinschaftsrecht mit dem innerstaatlichen Wirtschaftsrecht. Mit der Berufung von Prof. Koenig wird die letzte der drei Abteilungen am ZEI besetzt. Damit werden die wirtschaftsökonomischen sowie politi-

schen und kulturellen Fragestellungen, die derzeit durch den Makroökonom Jürgen von Hagen und den Politologen Ludger Kühnhardt bearbeitet werden, um die rechtliche Dimension der europäischen Integration ergänzt.

Prof. Kenneth Kletzer (University of California, Santa Cruz) wird sich im Mai und Juli 1999 erneut am ZEI aufhalten, um sich mit EU-relevanten Fragen der internationalen Makroökonomie zu beschäftigen. Darüber hinaus wird er eine aktive Rolle in der Lehre des ZEI übernehmen.

Vom 3. Mai an wird sich Prof. Dr. Helmut Seitz (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder und ZEW, Mannheim) für einen Zeitraum von drei Monaten zu einem Forschungsaufenthalt am ZEI (Abt. Prof. von Hagen) aufhalten. Sein derzeitiger Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der Fiskalpolitik subnationaler Regierungen, die er anhand der deutschen Bundesländer untersucht.

Mit Beginn dieses Jahres hat Dr. Aschot Manutscharjan am ZEI im Rahmen des Senior Fellow Programms ein Forschungsprojekt begonnen, das sich mit der aktuellen und substantiellen Analyse des

Buchpräsentation am ZEI

Die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit bleibe ein zentrales Problem der Europapolitik. Diese These vertrat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Wolfgang Schäuble, anlässlich der Buchvorstellung „Kontinent Europa. Kern, Übergänge, Grenzen“ von Ludger Kühnhardt und Hans-Gert Pöttering am ZEI.

Der CDU-Vorsitzende räumte ein, daß auf dem Weg zu einer erweiterten und zugleich vertieften Union die in dem Band diskutierten Probleme in der Tat noch zu überwinden seien: dies betreffe Fragen im Zusammenhang mit der „Agenda 2000“ und der Erweiterung ebenso wie die



Dr. Wolfgang Schäuble am 2.12.1998 im ZEI

Implementierung des Subsidiaritäts- und Demokratieprinzips in der EU.

Ludger Kühnhardt und Hans-Gert Pöttering: *Kontinent Europa: Kern, Übergänge, Grenzen; Edition Interfrom (Texte + Thesen; 276), Osnabrück: Fromm, 1998, ISBN 3-7201-5276-6.*

georgisch-abchasischen Konflikts beschäftigen wird.

Dr. Stefan Comes, seit dem 1. Januar 1999 Mitarbeiter der Forschungsgruppe „EU-Beitrittsstrategien“ am ZEI, hat am 21. Januar im Rahmen der Konferenz „German and Polish Interests in the Eastern Enlargement of the EU“ in Warschau einen Vortrag über „EU-Enlargement and the

Reform of the Common Agricultural Policy“ gehalten. Der Vortrag wird in Kürze veröffentlicht werden.

Vom 1. April bis 30. August 1999 wird Prof. Dr. Uwe Holtz als Senior Fellow am ZEI zum Thema „50 Jahre europäische Einigung: Der Europarat“ forschen.

ZEF-FENSTER ZEF-FENSTER

AUS DER ARBEIT DES ZENTRUMS FÜR ENTWICKLUNGSFORSCHUNG (ZEF)

ZEF hat ein neues Forschungsprogramm über die Möglichkeiten der Zugangs ärmerer Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) konzipiert. Die Forschungsarbeit konzentriert sich auf die Frage, wie Zugangsbarrieren und -kosten gesenkt werden können. Das Projekt schließt empirische Arbeiten in Zusammenarbeit mit Kollegen aus Indien, China, Peru, Bangladesh und Südafrika ein.

ZEF organisiert ein ZEF Research Seminar und den Bonner Entwicklungspolitischen Dialog. Das wöchentlich stattfindende Research Seminar soll die interdisziplinäre Diskussion mit externen Experten fördern. Der Bonner Entwicklungspolitische Dialog ist eine Vortrag- und Diskussionsreihe, die in unregelmäßigen Abständen stattfindet. Vertreter von nationalen und internationalen Institutionen und Politiker präsentieren ihre Gedanken und Zukunftsvisionen zu Themen der Entwicklungspolitik. Die Veranstaltungen sind für öffentlich. Die Programme können über die ZEF homepage <<http://www.ZEF.de>> abgefragt werden.

Die Probleme der Trinkwassersicherung bei der armen Bevölkerung in Entwicklungsländern werden immer vordringlicher. Die weltweit jährlich entnommene Wassermenge steigt kontinuierlich durch die rapide wachsende Bevölkerung, die zunehmende Industrialisierung und Verstädterung sowie durch eine wachsende landwirtschaftliche Produktion an. Im Rahmen eines interdisziplinären Ansatzes zur Analyse von Wasserproblemen haben Prof. Patrick Webb und Maria Iskandarani in dem kürzlich erschienenen ZEF Diskussionsbeitrag Nr. 2 die

Problemzusammenhänge der Trinkwassersicherung analysiert und sektorale und intersektorale Kenntnisdefizite identifiziert. (P. Webb, M. Iskandarani: *Water Insecurity and the Poor: Issues and Research Needs*, ZEF Bonn, October 1998, pp. 66, ISSN: 1436-9931)

Neue Forschung am ZEF betont die Wichtigkeit von Biotechnologie für Entwicklung. Matin Qaim und Prof. Joachim von Braun argumentieren in dem neu veröffentlichten ZEF Diskussionsbeitrag Nr. 3, daß Biotechnologie einen wichtigen Beitrag zur Erreichung von Entwicklungszielen leisten kann. Es sei eine Herausforderung für Politiker in Entwicklungsländern und Entwicklungsorganisationen, diese Technologieentwicklung dahingehend zu beeinflussen, daß deren Potential auch besonders für die Armen nutzbar wird. Ein konzeptioneller Rahmen für ex-ante Fallstudien soll helfen, potentielle Effizienz- und Verteilungswirkungen biotechnologischer Innovationen quantitativ zu untersuchen. (M. Qaim, J. von Braun: *Crop Biotechnology in Developing Countries: A Conceptual Framework for Ex Ante Economic Analyses*, ZEF Bonn, November 1998, pp. 24, ISSN: 1436-9931)

Das Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) arbeitet inhaltlich und organisatorisch mit dem ZEI unter einem Dach zusammen. Gemeinsam bilden beide Zentren das Internationale Wissenschaftsforum Bonn (IWB) der Universität Bonn. Als eine internationale ausgerichtete, interdisziplinär arbeitende Forschungseinrichtung will das ZEF einen Beitrag zur Lösung der globalen Entwicklungsprobleme leisten.

Seminar „International Trade, Labor Markets, and Integration“

In Zusammenarbeit mit der Universität Tartu, Estland, der Universität von Lettland, der Universität Vilnius und der EuroFaculty wird das ZEI Ende Februar in Tartu ein einwöchiges Seminar zum Thema „International Trade, Labor Markets, and Integration“ veranstalten. Das Seminar wird aus Mitteln des EU-PHARE-Programmes finanziert.

SEMINARSTRUKTUR

Die fünf Seminar-Tage gliedern sich in Vormittags- und Nachmittagssitzungen, wobei die Vormittagssitzungen aus jeweils zwei Präsentationen (je 90 Minuten) bestehen werden. Jeder der Vorträge deckt einen der drei Hauptthemenbereiche des Seminars ab

und wird von Vertretern bekannter westeuropäischer Forschungseinrichtungen durchgeführt. Die Nachmittagssitzungen bestehen aus jeweils vier Präsentationen (je 20 Minuten plus Diskussion) junger Nachwuchswissenschaftler - acht aus Westeuropa und zwölf aus den drei baltischen Staaten. Die westeuropäischen Teilnehmer werden angeführt durch: Torben Andersen (Universität Aarhus), Jürgen von Hagen (ZEI, Universität Bonn), Seppo Honkapohja (Universität Helsinki) und Guiseppa Bertola (Europäisches Universitätsinstitut, Florenz).

TERMIN

Das Seminar wird vom 22. bis zum 26. Februar 1999 (An- bzw. Abreise am 21. und 27. Februar) stattfinden. *Weitere Informationen unter http://www.zei.de/zei_deutsch/f_veranstalt.html.*

Die Flexibilität der europäischen Arbeitsmärkte

Können flexiblere Arbeitsmärkte zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote in Europa führen? Mit dieser Frage beschäftigt sich eine neue ZEI-Studie, die demnächst veröffentlicht wird

von Robert MacCulloch

Auf dem Europäischen Gipfel in Kopenhagen im Juni 1993 identifizierte Jacques Delors die fehlende internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas als Hauptgrund für den Anstieg der europäischen Arbeitslosigkeit. Vermehrte Investitionen in Infrastrukturprojekte und Hochtechnologie seien, so Delors, daher geeignete Maßnahmen, um das Problem der Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene zu lösen.

Diese Sichtweise steht in scharfem Gegensatz zur Meinung der überwiegenden Mehrheit derjenigen Wirtschaftswissenschaftler, die sich mit der Problematik der europäischen Arbeitsmärkte befassen. Deren Diagnose wurde von Paul Krugman, Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), einmal etwa wie folgt zusammengefaßt: „Während Steuern und staatliche Regulierungen die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindern, reduziert das großzügige Niveau der Arbeitslosenunterstützung die Bereitschaft der Arbeitnehmer Beschäftigungsverhältnisse zu geringeren Löhnen zu akzeptieren.“

Arbeitsmarktpolitische Empfehlungen aus Kreisen der Wissenschaft haben sich in der Vergangenheit hauptsächlich auf die beschäftigungsfeindlichen Effekte von Regulierungen konzentriert, die den Unternehmen die Einstellung neuer und die Entlassung beschäftigter Arbeitskräfte erschweren und verteuern. Eine Reihe von Ländern, darunter Großbritannien und Frankreich, haben seit Mitte der achtziger Jahre diese Ansicht ernstgenommen und entsprechende Empfehlungen zur Deregulierung der Arbeitsmärkte umgesetzt. Die Auffassung, daß Arbeitslosigkeit durch mehr Flexibilität des Arbeitsmarktes bekämpft werden muß, steht auch im Kern von Reformprogrammen in einigen Entwicklungsländern, die ebenfalls einen dauerhaften Anstieg der Arbeitslosigkeit erlebt hatten. Deregulierung des Arbeitsmarktes ist Teil der im Washingtoner Politikkonsens genannten „Reform der zweiten Generation“. So ist die Förderung der Arbeitsmarktflexibilität beispielsweise einer der Hauptpunkte der kürzlich erzielten Übereinkunft des IWF mit Argentinien, wo die Arbeitslosenquote den alarmierenden Stand von 18,6% erreicht hatte.

Gemessen an der offensichtlichen wirtschaftspolitischen Bedeutung von Fragen der Arbeitsmarktflexibilität sollte man erwarten, daß eine Vielzahl von Untersuchungen zu der Frage existiert, ob erhöhte Flexibilität auf den Arbeitsmärkten auch in der Praxis zu einer Reduktion der Arbeitslosenquote führt. Erstaunlicherweise ist dies nicht der Fall. Es existiert genau eine Studie, die die

ZEI-KALENDER

FEBRUAR 1999

23. ZEI-Europadialog (12.30 Uhr): Joshua Holmes, Oxford University: „The Law and Politics of Media and Telecommunications Regulation in the European Union“.

MÄRZ 1999

2. ZEI-Europadialog (12.30 Uhr): Dr. Burkhard Auffermann, Universität Tampere, Finnland: „Finnland in der EU. Vom Rande Europas zur EU-Präsidentschaft.“
4. Internationale Konferenz „The Future of Euro-Atlantic Relations.“
12. Workshop „Constituting the European Union.“
15. ZEI-Europaforum (17.00 Uhr): Dr. Ioannis Kasoulides, Außenminister Zyperns: „Cyprus on the Way to the EU Accession“.
23. ZEI-Europadialog (12.30 Uhr): Vortrag von John E. Reilly, President of The Chicago Council on Foreign Relations (in Zusammenarbeit mit der DGAP)
30. ZEI Europadialog (12.30): Arne Clemens Seifert, Botschafter a.D.: „Innengesellschaftliche Konflikte und Systemtransformation - Das Beispiel Tadschikistan.“

APRIL 1999

- 8./9. Studiengruppe „Weimarer Dreieck“ (in Paris)
29. ZEI-Europaforum (17.00 Uhr): Vortrag von Wolfgang Clement, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen.

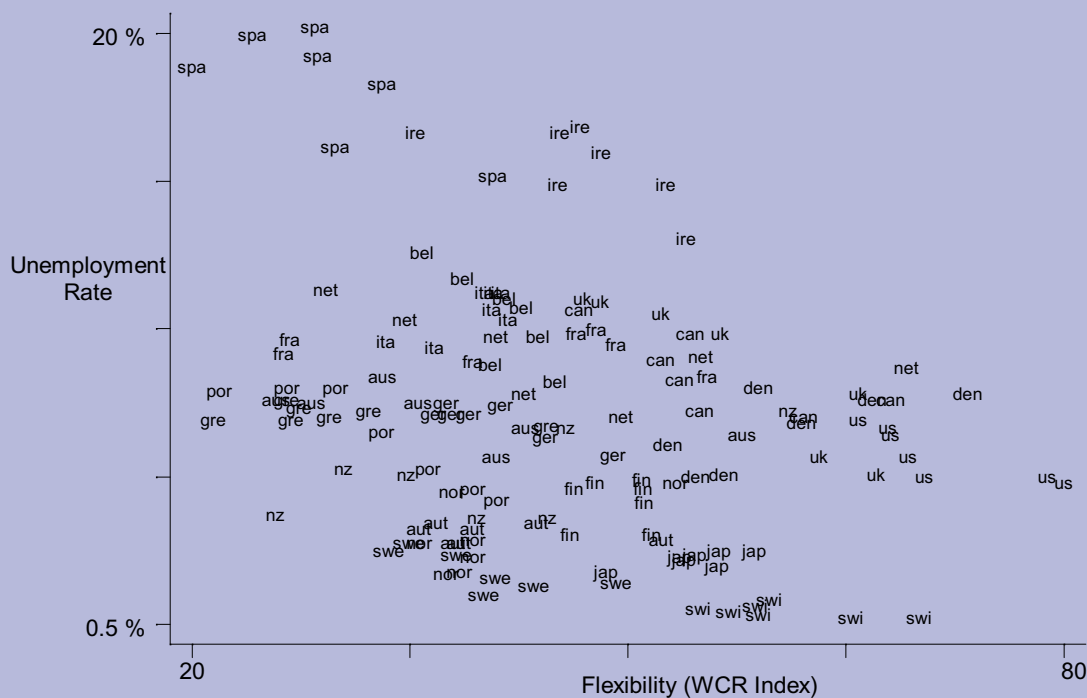
MAI 1999

10. ZEI-Europaforum (17.00 Uhr): Vortrag von Daniel Tarschys, Generalsekretär des Europarates

Sofern nicht anders angegeben, finden alle Veranstaltungen im ZEI in Bonn statt. Weitere Informationen zu diesen und anderen Veranstaltungen sowie aktuelle Ergänzungen finden Sie unter <http://www.zei.de>.

Effekte von Arbeitsmarktflexibilität anhand von Panel-Daten untersucht. Darüber hinaus gibt es eine Anzahl von Mehr-Länder-Analysen, wie zum Beispiel diejenige in der OECD Jobs Study (1994), die auf lediglich 21 Beobachtungen beruht. Zwei führende britische Ökonomen, Gregg und Manning, halten daher die verfügbare Evidenz bezüg-

The Pooled Relationship Between Unemployment and Flexibility



Country codes: Australia (aus), Austria (aut), Belgium (bel), Canada (can), Denmark (den), Finland (fin), France (fra), Germany (ger), Greece (gre), Ireland (ire), Italy (ita), Japan (jap), Netherlands (net), New Zealand (nz), Norway (nor), Portugal (por), Spain (spa), Sweden (swe), United Kingdom (uk), United States (us).

auf hin, daß Rezessionen in flexibleren Arbeitsmärkten mit einem größeren Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden sind als im Falle niedrigerer Flexibilität. Umgekehrt führt ein erhöhtes wirtschaftliches Wachstum in Ländern mit unflexiblen Arbeitsmärkten zu einer geringeren Rückführung der Arbeitslosigkeit.

ZUKÜNFTIGE PROJEKTE

Um das Verständnis der Wirkungen von Arbeitsmarktflexibilität zu fördern, wird sich ZEI in Zusammenarbeit mit dem neugegründeten Institut „Zukunft der Arbeit“ in Bonn speziell diesem Thema widmen. In einer Reihe von Workshops mit internationalen Experten werden die ungelösten theoretischen,

lich der Effekte erhöhter Arbeitsmarktflexibilität für wesentlich weniger überzeugend, als allgemein vermutet. Der vorherrschende Glaube an die Vorteile einer Deregulierung der Arbeitsmärkte, so Gregg und Manning, sei daher unangebracht.

NEUERE FORSCHUNGSERGEBNISSE ZUR ARBEITSMARKTFLEXIBILITÄT

Eine neue, am ZEI entstandene Studie mit dem Titel "The Consequences of Labour Market Flexibility: Panel Evidence Based on Survey Data" von Robert MacCulloch (ZEI) und Rafael Di Tella (Harvard University) liefert einen empirischen Beitrag zu der oben beschriebenen Debatte. Grundlage der Arbeit ist ein neuer Datensatz zur Arbeitsmarktflexibilität aus dem World Competitiveness Report (WCR). Der verwendete WCR-Index basiert auf den Ergebnissen einer Umfrage unter Unternehmern aus 21 OECD Ländern in den Jahren 1984-90 und ist subjektiver Natur. Diese Subjektivität erlaubt es, die verschiedensten Veränderungen in allen Regulierungen zu erfassen, die die Flexibilität der Arbeitsmärkte beeinflussen. Solche Regelungen implizieren sehr unterschiedliche Kosten und sonstige Belastungen für den jeweiligen Betrieb und sind daher anhand von herkömmlichen Daten nur schwer zu dokumentieren. Der WCR-Index ist allerdings gerade aufgrund seiner Subjektivität nicht so präzise wie herkömmliche Datensätze. So ermöglicht er, per Konstruktion, beispielsweise keine Unterscheidung der Wirkungen einzelner Regulierungen.

DIE EMPIRISCHE EVIDENZ

Die empirischen Ergebnisse zeigen, daß Länder mit flexibleren Arbeitsmärkten höhere Beschäftigungsquoten und höhere Partizipationsraten aufweisen. (Die Beschäftigungsquote mißt die Anzahl der Beschäftigten relativ zur Anzahl der Erwerbspersonen und die Partizipationsrate beschreibt den Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung). Darüber hinaus erhöht Flexibilität die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden pro Woche. Diese Beschäftigungseffekte sind von bedeutendem Ausmaß. Bei vorsichtiger Schätzung würde eine Erhöhung der Flexibilität des deutschen Arbeitsmarktes auf das Niveau der USA zu einem Anstieg der Beschäftigungsquote um 1.7 Prozentpunkte führen und die Differenz der Beschäftigungsquoten beider Länder um ein Viertel vermindern. Dieser Beschäftigungseffekt würde das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland um 2.7% erhöhen. Um allerdings Aussagen über die konkrete Umsetzung einer solchen Reform zu treffen, wären zusätzliche Informationen über sonstige Kosten und Erträge (im Hinblick auf Beschäftigungssicherheit, Löhne usw.) von Flexibilität notwendig. Dies ist ein Faktum, das in der wirtschaftspolitischen Debatte häufig in Vergessenheit gerät.

Die empirische Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktflexibilität ist dagegen nur schwach. Die obenstehende Graphik legt einen negativen Zusammenhang nahe, der jedoch statistisch nicht robust ist. Weitere Ergebnisse der Studie deuten dar-

empirischen und wirtschaftspolitischen Aspekte der Flexibilität analysiert werden. Auf theoretischem Gebiet ist dies zum Beispiel eine verbesserte und einheitliche Definition des Begriffes „Flexibilität“, der in der Vergangenheit auf eine Vielzahl verschiedenster Regulierungen angewandt worden ist, sowie die Analyse der Beziehungen zwischen den verschiedenen Aspekten von Flexibilität. Auf empirischer Ebene sind weitere Studien zu den Arbeitsmarkteffekten erhöhter Flexibilität erforderlich. Damit wird ZEI eine bessere Basis zur Beantwortung der Frage liefern, ob die europäischen Arbeitsmärkte mit dem Ziel größerer Flexibilität dereguliert werden sollten. ■

Dr. Robert MacCulloch ist Senior Fellow der Abteilung „Wirtschaftliche und Soziale Fragen“ am ZEI

IMPRESSUM

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Walter-Flex-Str. 3
D - 53113 Bonn

ISSN: 1437-1545

Verantwortlich: Monika Reule
Tel: 0228/73-1811/-1846
Fax: 0228/73-5097
E-Mail: m.reule@uni-bonn.de
Internet: <http://www.zei.de>

Der ZEIreport erscheint dreimal jährlich in englischer und deutscher Sprache. Er kann kostenlos unter der oben genannten Adresse angefordert werden.